

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Grömann in Stettin, Kirchplatz 8-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten: Kohnmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Graßwald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Präsident Perier demissionirt.

In früher Morgenstunde ging uns ein Pariser Telegramm zu, welches die Nachricht von der Demission Periers bringt, doch fehlten nähere Nachrichten darüber. Eine Pariser Nachricht vom gestern deutete an, daß gegenüber den Blätterstimmen, die ein Kabinett Bourgeois für wünschenswert hielten, in parlamentarischen Kreisen die Ansicht vorherrschte, Präsident Casimir-Perier werde, ehe er sich zur Berufung des radikalen Bourgeois entschliesse, eine Rekonstruktion des Ministeriums versuchen, da er in dem gestrigen Kabinettsrat nicht den Ausdruck einer Gegnerschaft gegen die allgemeine vom bisherigen Kabinett verfolgte Politik erkennen wollte. Erst wenn dieser Versuch gescheitert sei, würde Bourgeois berufen werden. — Perier hat gestern aufsehnend auch den Versuch gemacht, diese Rekonstruktion zu ermöglichen, denn er empfing im Laufe des Vormittags nacheinander mehrere der zurückgetretenen Minister, die nach dem Schicksal gekommen waren, um auf die laienhaften Geschäfte bezügliche Schriftstücke zur Unterzeichnung vorzulegen. Am Nachmittag um 1 1/2 Uhr war Chaillet-Vaucour, der Senatsvorsitzende, bei dem Präsidenten und blieb zwei Stunden bei ihm. Später wurde auch Brisson empfangen. Die Verhandlungen haben wohl zu keinem Resultat geführt, sondern den Präsidenten zur Demissionierung gezwungen.

Zum Rücktritt Periers theilt uns unser Pariser A-Korrespondent mit: Der Beweggrund zum Rücktritt liegt theils in der gleichgültigen, theils feindschaftlichen Stellung, welche die politischen Parteien in der Kammer dem Präsidenten gegenüber eingenommen haben. Perier konnte sich nicht als Präsident gegen die heftigen persönlichen Angriffe, denen er unaufhörlich seitens der Umstürzpartei ausgesetzt war, wie die republikanischen Blätter vertheidigen. Perier sah die Präsidentenschaft als eine Bürde an, die seine Freunde ihm gegen seinen Willen auferlegt, er habe dem Elysée nur als Gefängnis angesehen. — Der Nationalkongress zur Neuwahl des Präsidenten tritt morgen in Versailles zusammen. Perier wies alle Aufforderungen zum Verbleiben im Amt zurück, er ziehe einen Posten in der Kammer vor, wo er dem Lande besser dienen könne, als auf dem passiven Präsidentenposten. Heute erscheint noch eine Botschaft Periers. Als Kandidaten für die Präsidentenschaft werden Brisson, Waldeck-Rousseau und General Cassier genannt.

Weiter liegen uns folgende Telegramme vor: Paris, 16. Januar. Eine Note der offiziellen „Agence Havas“, welche die Demission des Präsidenten Casimir-Perier begründet, sagt: In der gestrigen Sitzung der Kammer haben in den Augen des Präsidenten Casimir-Perier sekundäre Zwischenfälle einen Kampf gegen das parlamentarische Regime und gegen die bürgerliche Freiheit eingeleitet. Perier habe gehofft, daß die von Altkongressen entlassene Präsidentenschaft vom Parteienkampf unberührt bleibe und daß die Vereinigung aller Republikaner ihre Kraft und Autorität verlieren würde. Er habe gehofft, das diejenigen, die ihn gegen seinen Willen zur Präsidentenschaft erhoben, ihn vertheidigen würden. Der Präsident habe sich darin getäuscht und bittet schließlich das Ministerium, provisorisch seine (des Ministeriums) Demission zurückzunehmen, damit die Staatsgewalt nicht ohne Repräsentation sei.

Paris, 16. Januar. Ungeheure Aufregung hat die Demission Casimir-Periers in allen politischen Kreisen hervorgerufen. Die von der „Agence Havas“ veröffentlichte Begründung über den Rücktritt wird als eine Verletzung der Kammer angesehen. Der Jubel unter den Sozialisten ist groß und sie halten die Wahl Periers für wahrscheinlich. Die beiden Kammern treten morgen zusammen und die Minister nehmen vorläufig ihre Demission zurück.

Deutschland.

Berlin, 16. Januar. Zur Frage der Erweiterung der Disziplinargewalt des Reichstagspräsidenten ist bereits ein Antrag des national-liberalen Abg. Dr. v. Marquardsen eingebracht, der dem Präsidenten die Befugnis erteilen soll, ein Mitglied, das sich ungebührlich betrage, aus der Sitzung auszuschließen. Dieser Antrag hat nach der im Reichstage herrschenden Stimmung nicht die geringste Aussicht auf Annahme. Etwas freundlicher wird dagegen ein anderer Antrag angesehen, der den Ausschluß für die Sitzung, in der die Verlesung geschehen, als höchstes Zwangsmittel des Präsidenten statuirt. Daß derselbe angenommen wird, ist trotzdem sehr unwahrscheinlich, denn das Zentrum will sich auf den Ausschluß überhaupt nicht einlassen, da es denselben als verfassungswidrig und damit als unmöglich ansieht.

Wie ein parlamentarischer Berichterstatter meldet, ist der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Graf Kautz in den Statistiker als Mitglied berufen worden.

Die „Köln. Volksztg.“ erzählt zum Besuche des Fürsten Hohenlohe beim Fürsten Bismarck, daß sich die Zusammenkunft in den augenscheinlichen Formen bewegte; von einem Schienwechsel oder auch nur einem Personwechsel war mit keinem Worte die Rede, da weder Bismarck noch Hohenlohe dieses Thema berührten. Bismarck habe es lediglich als eine Freundlichkeit empfunden, daß Hohenlohe, der 15 Jahre unter ihm einen Wächterposten innegehabt hatte, ihm einen Besuch machte. Offenbar hat man es hier überall nur mit Vermuthungen zu thun. Daß Fürst Bismarck dem Fürsten Hohenlohe gegenüber nicht denselben schroffen Ton anschlagen wird, wie gegen den Grafen Caprivi, ist allerdings anzunehmen. Darüber hinaus aber wird das Einvernehmen kaum gehen, um so weniger, da man nicht weiß, wie lange Fürst Hohenlohe noch Reichstagskanzler ist.

Im Jahre 1894 sind in der preussischen Generalität folgende Veränderungen vorgenommen: In der aktiven Armee sind 3 Generale der Infanterie z. außerordentlich 4 Generalleutenants, 3 Generalmajors 53 Obersten. Gestorben sind 3 Generale der Infanterie, 2 Generalleutenants und 3 Generalmajors, pensionirt 2 Generale der Infanterie z., 12 Generalleutenants und 30 Generalmajors, zusammen 44 Generale; ferner sind 9 Obersten als Generalmajors oder

Charakteristischer Generalmajors abgegangen. Der Bestand der aktiven Generalität hat sich somit um 2 Generale der Infanterie vermindert, dagegen um 21 Generalmajors vermehrt. Von den pensionirten Generalen sind verstorben 6 Generale der Infanterie z., 21 Generalleutenants und 13 Generalmajors, zusammen 40 Generale. Da in den Pensionistenstand 53 Generale eingetreten sind, hat sich die Zahl der pensionirten Generale im Jahre 1894 um 13 erhöht.

Die Anfrage wegen des Schicksals der Deutschen im Auslande hat nach der entgegenkommen Erklärung des Herrn Staatssekretärs im Auswärtigen Amte einen glatten Verlauf im Reichstage gehabt. Da sie von den Nationalliberalen und ebenso von den beiden konservativen Parteien und dem Zentrum für befriedigend erachtet wurde, so blieb ein von der Linken gestellter Antrag auf Befriedigung ohne die nöthige Unterstützung. Auch hier haben wohl weniger Bedenken gegen die Erklärungen des Freiherrn v. Marschall, als das Bedürfnis, die Gelegenheit zu Ausführungen anderer Art zu benutzen, die Veranlassung zu dem Antrage auf Befriedigung der Anfrage gegeben. Herr v. Marschall hat die Verpflichtung, den im Auslande lebenden Deutschen den Schutz des Reiches nicht zu verweigern, anerkannt. Daß dabei nicht nach bestimmten Formeln verfahren werden kann, und daß in jedem einzelnen Falle geprüft werden muß, ob der Schutz des Reiches zu Recht angreifen ist, wird nirgends bestritten werden können, eben so wenig wie die Verpflichtung unserer Landesleute, sich nicht ohne Grund in die Verhältnisse der fremden Staaten, in die sie sich begeben haben, einzumischen. Auch wird Jeder, der die geordneten Verhältnisse der Heimath verläßt, um in der Fremde und zum Theil in unferntigen und mangelhaft organisirten Staaten sein Glück zu machen, sich des Risikos bewußt sein, das er damit übernimmt, und das ihm nicht durch eine generelle Verpflichtung des Reiches, in jedem Falle für jeden seine Hilfe zurufen zu lassen, abgenommen werden kann. Darum mußte auch aus den vorgetragenen Beschwerden eine Anzahl von vornherein ausgeschieden werden. Aber Herr v. Marschall hat anerkannt, daß daneben noch Fälle bestehen, wo in der That der deutsche Ministerresident in Guatemala im Widerspruch mit den erteilten Instruktionen es an dem nöthigen Eintritten für die Interessen der Deutschen hat fehlen lassen, und nach dem harten Urtheil, das er über die Passivität dieses Herrn gefällt hat, darf wohl angenommen werden, daß der ihm erteilte längere Urlaub nur das Vorzeichen für seine demnachstige Abberufung. Sehr bemerkenswerth war es, daß Herr v. Marschall am Schluß, aber in direktem Zusammenhange mit seinen Ausführungen für eine Vermehrung unserer Flotte und speziell für die Bewilligung der neuen Kreuzer mit großer Entschiedenheit eintrat. Es war im Reichstage das erste Echo auf den Vortrag, der vom Kaiser vor wenigen Tagen im Neuen Palais gehalten worden ist.

Der Kompagnieführer in der ostafrikanischen Schutztruppe Kurt Johannes hat, nach der „Kreuzztg.“ Berlin verlassen, um mit dem am 16. d. M. von Neapel abgehenden Dampfer nach seiner Station auf dem Raimundshafen zurückzufahren. Er geht in Jahresfrist wieder nach hier zu kommen, um seine Verlobte, Fräulein Amely Feinert aus Wiesbaden, als Gattin nach seiner Station zu führen.

Ueber die geplante Neuordnung des Postzeitungsstaris schreibt man, daß die im Reichspostamt schon vor längerer Zeit ausgearbeitete Vorlage gegenwärtig im Reichspostamt einer näheren Prüfung unterliegt. Es haben sich dabei bereits folgende Änderungen ergeben, daß die ursprüngliche Abgabe, diesen Entwurf noch in der gegenwärtigen Tagung dem Reichstage zu unterbreiten, bereits als aufgegeben zu betrachten ist. Gegen die vom deutschen Buchdruckerverein bestrittenen Einführungen der Gewichtsrechnung für die Bemessung der Vergütung, die der Post für die Zeitungsbezüge zu gewähren ist, wird an maßgebender Stelle geltend gemacht, daß eine derartige Berechnung zu umständlich und daher kaum durchführbar sein würde. Ebenso undurchführbar erscheint eine Kontrolle des Papiergewichts, da eine stets gleichmäßige, genau daselbe Gewicht innehaltende Papierfabrikation erfordernsgemäß unmöglich ist. Jedenfalls befindet sich die Angelegenheit noch vollständig in der Schwebe.

Die Sonntagsruhe im Eisenbahn-Güterverkehr ist bekanntlich durch einen Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 20. November 1893 für die preussischen Staatsbahnen angeordnet worden. Im Anschluß daran sind vom Reichseisenbahnamt Verhandlungen mit den Vertretern der verbundenen Regierungen eingeleitet worden, um den Güterverkehr an Sonn- und Festtagen auf allen deutschen Eisenbahnen möglichst einzuführen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist eine am 8. Mai 1894 festgestellte Reihe von „Grundrissen“ für die Einführung der Sonntagsruhe im Güterverkehr der Eisenbahnen Deutschlands, zu dem neuerdings noch die Verwaltungen in Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Straßburg, Darmstadt, Ludwigshafen und Mainz ein besonderes Abkommen getroffen haben, das sich den „Grundrissen“ anschließt und für die genannten Verwaltungen unterstellten Linien noch einige Zusatzbestimmungen enthält. Dummeh haben sich nach einer Mitteilung des Reichseisenbahnamts an den preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten sämtliche Bundesregierungen bereit erklärt, auf den Eisenbahnen ihres Staatsgebiets die Sonntagsruhe im Güterverkehr nach den Grundrissen vom 8. Mai 1894 spätestens bis zum 1. Mai 1895 durchzuführen.

Kiel, 15. Januar. Die Gründung eines schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Vordenkreditinstituts mit einer Million Mark Garantiefonds ist gestern hier beschlossen. Der Sitz desselben wird Kiel sein.

Kiel, 14. Januar. Mehrfach wie es Deutschland gemacht hat, bringen die Vereinigten Staaten von Amerika ihren großartigen Flottenbauplan von 1889 zur Ausführung. Im Laufe von 15 Jahren soll eine ganz neue Flotte gebaut werden; man richtet sich bei der Ausführung des Bauprogramms so ein, daß man nicht gleich dem Bau sämtlicher Schiffe eines Typs in Angriff nimmt, sondern Verbesserungen bei späteren Bauten desselben Typs vornehmen kann, nachdem Proben und Versuche mit den zuerst fertiggestellten Schiffen vorgenommen sind. Die Kosten für die Ausführung des amerikanischen Flottenbauplanes sind auf 266 Millionen Dollars veranschlagt, wenn

man aber in Betracht zieht, daß auf Grund der zahlreichen Neubauten Besten, Docks, Arsenalen, befestigte Punkte zur Stütze der Flotte angelegt werden müssen, werden die Gesamtausgaben für die Marine sich über mehr als drei Milliarden Mark belaufen. Die Amerikaner stehen somit in dem Rufe, daß sie etwas zugeht sind, wenn es sich um Ausgaben für Flotte und Meer handelt, aber man hat drüben offenbar allgemein das Gefühl gehabt, daß es an der Zeit sei, die Seeverteidigung zu erweitern und sie so sollte wie möglich zu machen. Man hört oft die Ansicht äußern, daß die Zeit der großen Panzer vorbei sei. Das ist nicht zutreffend, die amerikanischen Zukunftsflothe wird zur Hälfte aus schweren Panzern und zur Hälfte aus modernen Kreuzern bestehen. Nach dem Programm von 1889 sollen gebaut werden 10 Panzerschiffe zu 10 000 Tons, 8 Panzerschiffe zu 8000 Tons, 12 Panzerschiffe zu 7000 Tons, 5 Panzerschiffe zu 6000 Tons, 10 Widderschiffe zu 3500 Tons, 9 gepanzerte Kreuzer zu 6250 Tons, 4 Panzerdeckkreuzer zu 7000 Tons, 9 Panzerdeckkreuzer zu 5400 Tons, 2 Panzerdeckkreuzer zu 4000 Tons, 5 besondere Kreuzer zu 1200 Tons und 15 Torpedokreuzer zu 900 Tons. Einige von den größten Panzerschiffen, die bewilligt sind, sind bereits vom Stapel gelassen, einige sind im Bau, der Rest kommt später. Es sind aber nicht nur die Weltmächtigsten ersten Ranges, die an der Arbeit sind, ihre Flotten zu verjüngen und schlagfertig zu halten; auch die Mächte zweiten Ranges haben in den letzten 5 Jahren Fortschritte gemacht, die man nicht außer Acht lassen kann. Noch während unserer Kolonialstreitigkeiten mit Spanien war die spanische Flotte in einem solchen Zustande, daß öffentliche Sammlungen zum Bau der Panzerschiffe veranstaltet wurden. Heute ist Spanien im Besitze von nicht weniger als sechs großen, schwer armirten, gepanzerten Kreuzern von 7000 Tons mit 20 Kanonen; ein Paar noch größere Panzerschiffe von über 9000 Tons sind im Bau. Hollands Flottenbauplan von 1893, der in 10 Jahren ausgeführt werden soll, wird über 60 Millionen erfordern, obwohl die Aufgabe der Flotte in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten ist, theils die Blockade der Häfen und Landungsversuche zu verhindern, theils die besondere Vertheidigung der Zuydersee zu übernehmen.

Bremen, 14. Januar. Troßdem die agrarische Handelspolitik Deutschlands und die manigfachen Zollabsperren anderer Länder dem Ausfuhrverkehr überaus nachtheilig sind, weist dieser im letzten Jahre wieder eine Zunahme auf. Das gilt sowohl von dem Verkehr für brennige Rechnung in allen Verfahrnisse wie auch besonders von der Stadt Bremen. Der Gesamtverkehr ist um 132 000 T. gestiegen und erreicht mit 2 172 000 T. einen höheren Stand als je zuvor. Das vorvergehende Maximum lag im Jahre 1891, seitdem ist aber ein Rückgang eingetreten, weil der Norddeutsche Lloyd seine Passagierfahrt einschränken mußte und weil der Raps- und Petroleumhandel gelähmt war. Jetzt ist Ersatz dafür gefunden. Die Stadt Bremen sieht ihren Schiffsverkehr von 521 000 T. auf 641 000 T. gestiegen. Bedeutend man, daß derselbe vor der Korrektion der Untersee überhaupt nicht nennenswerth war und sich auf winzige Schiffe beschränkte, so ist der Erfolg großartig und für die Zukunft vielversprechend. Die Korrektion selbst ist beendet, die beschlagnahmte Wafersee (6 Meter) ist erreicht; bei Sturm- und Springfluthen steigt das Wasser sogar auf über 7 Meter. Auch ist der ganze Reichthum innerhalb des Kostenanlasses von 30 Millionen erreicht. Von jetzt ab beginnt die Verzinsung durch die Korrektionsabgabe. Bleibt der Verkehr nur annähernd im bisherigen Maße, so wird nicht bloß die Verzinsung, sondern auch die planmäßige Tilgung des Kapitals durchgeführt werden.

Dresden, 15. Januar. Im „Hotel du Nord“ fand heute Vormittag die Hauptversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft unter dem Vorsitz des Geheimen Raths Simon statt. 60 Personen waren anwesend. Fürst Hohenlohe-Langenburg wurde zum Ehrenpräsidenten, Herzog Johann Albrecht von Wiedenburg wurde zum neuen Präsidenten, Oberpräsident v. Bennigsen und Reichstagsabgeordneter Dr. Hammacher wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Der Sitzung wohnte auch Graf Arnim-Musau bei. Nachmittags findet auf dem königlichen Belvedere ein Festmahl statt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Januar. Die Meldung, daß die siebenbürgischen sächsischen Abgeordneten dem neuen Kabinett gegenüber eine oppositionelle Haltung einnehmen wollen, ist unbegründet. Es wird berichtet, sämtliche sächsischen Abgeordneten würden auch weiterhin in der Regierungspartei verbleiben. (Der neue Ministerpräsident Danjany war früher als Verwaltungsbeamter in siebenbürgischen der sächsischen Gegner des Deutschthums. Die Red.)

Schweiz.

Aus der Schweiz, 13. Januar. In der Zonenfrage haben eine Anzahl unserer größeren Blätter für Genf Partei ergriffen und damit gegen die Erklärung der Agrarier sich ausgesprochen. In der That gewinnt es den Anschein, als ob der Standpunkt der Agrarier auch vom Bundesrat verlassen sei. Die landwirtschaftlichen Interessen der Schweiz sind nicht berührt, wenn aus einem Theile Hochadorns und dem Lande der Waaren zu billigeren Preisen nach Genf geführt werden können. Immerhin hat der Bundesrat noch nicht entschieden, und da es in der Zone selbst ruhiger geworden ist und man dort bis zur Vortagung der schweizerischen Bundesversammlung sich gebuldet zu wollen versichert, braucht der Bundesrat nichts zu überlegen. Interessant mag auch in Paris eine richtigere Auffassung von der Sachlage sich bilden, nachdem der Einfluß des Herrn Veline in der letzten Zeit eher ab- als zugenommen hat. Eigenthümlich nur ist die Meinung Pariser Blätter, daß die Schweiz die Handelsverträge und die Zonenfrage von einander trennen soll, obwohl man diese in Frankreich auch nicht von einander geschieden hat und die Sperre politisch gegen die Schweiz ausgebeutet worden ist.

Belgien.

Der Minister des Auswärtigen Graf von Morde-Weiler gab gestern in der belgischen Abgeordnetenkammer die Erklärung ab, er habe gewünscht, dem Hause Mittheilungen über die Rongosangelegenheit machen zu können, insofern sein die Voraussetzungen der Regierung noch nicht erfüllt und die internationalen Verhandlungen noch nicht

abgeschlossen. Der Minister ersuchte das Haus, die Rongosangelegenheit bis zu dem Zeitpunkt zu vertagen, wo die Regierung ohne Unzulänglichkeiten antworten könne. Vorand verlangte nunmehr, daß das Haus über die Vertagung seiner Interpellation entscheide; die Vertagung wurde hierauf durch Aufstehen bewirkt. Sittenbleiben beschlossen. Der Minister des Auswärtigen äußerte im Verlaufe der Beratung, daß die Regierung auf einen baldigen Abschluß der Verhandlungen in der Rongosangelegenheit hoffe.

Im Anschlusse an das am Montag von dem Schwurgericht in Brüssel gefällte, freisprechende Urtheil gegen fünf Redakteure bezug. Mitarbeiter des Sozialistenblattes „La Caserne“, welche der Aufregung gegen die Militärgehalte beschuldigt waren, meldet eine belgische Zeitung, die Regierung werde in Kurzem ein Gesetz gegen die sozialistischen Aufreizungen in der Armee, auch wenn dieselben nicht von Erfolg begleitet sind, einbringen.

Frankreich.

Cannes, 15. Januar. Fürst Eugen Gagarin ist heute hier gestorben.

Roanne, 15. Januar. Dreitausend ausländische Arbeiter zogen heute Nachmittag vor eine Fabrik. Da sie eine bedrohliche Haltung annahmen, in die der Unterpräfekt die Aufforderung zum Auseinandergehen erteilten und die Gendarmen die Gewehre laden ließen, um die Ansammlung zu zerstreuen. Der sozialistische Abgeordnete Cournaud bedrohte den Unterpräfekten und wurde verhaftet.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Januar. Die Erhöhung der schwedischen Kornzölle wird in Dänemark als ein schwerer Schlag für die dänischen Wälder betrachtet, da man nun befürchtet, daß Deutschland, dem der schwedische Markt durch die erhöhten Kornzölle erschwert ist, Dänemark mit seinem Vieh überfluthen werde. Die deutschen Ausfuhrprämien haben, wie in der Reichspresse gesagt wird, bewirkt, daß die dänische Viehwirtschaft ohnehin schon während der letzten zehn Jahre unter den ungünstigsten Verhältnissen gearbeitet habe. Die schwedische Zollverhöhung werde nun verursachen, daß die Einfuhr von Vieh nach Schweden fast ganz aufhören wird. Ob Dänemark in Zukunft sein Vieh nach Schweden ausführen, sei von untergeordneter Bedeutung, da die dänische Ausfuhr dahin schon früher wegen der deutschen Ausfuhrprämien und der schwedischen Zollverhältnisse fast ganz aufgehört habe; schlimmer sei es jedoch, daß auch die deutsche Viehlausfuhr nach Schweden aufhören werde, und man befürchtet nun, daß Deutschland sich in Dänemark, das ihm am nächsten zur Hand liege, ein größeres Absatzgebiet schaffen werde. Da dies der Ruin der dänischen Viehwirtschaft sein würde, hofft man, daß die Gesetzgebung dem Verlangen der Wälder nach einem Zoll auf gemahntes Getreide als Schutz gegen die deutsche Ausfuhrprämie willfahren werde.

Rußland.

Auch die Landwirtschaft Rußlands leidet gegenwärtig unter den äußerst niedrigen Getreidepreisen. Es ist nun von Interesse zu erfahren, wie der Finanzminister, Herr Witte, über die Noth der Landwirtschaft urtheilt. In seinem Bericht über das Reichsbudget für das Jahr 1895 hebt Herr Witte hervor, daß er zwar die Kalamität der niedrigen Getreidepreise nicht verkenne, sie jedoch im allgemeinen volkswirtschaftlichen und Staatsinteresse nicht als besonders bedrohlich ansehen könne. „Eine hohe Ernte“ (oder niedrige Getreidepreise), so äußert sich Herr Witte, „vermehrte die Naturalverträge des Landes, die sowohl zum persönlichen Verbrauch, wie auch zur Erhaltung und Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion selbst dienen, gewährt dem einen Theil der Bevölkerung ein größeres Quantum von Produkten zum Verkauf und erleichtert dem anderen Theile die Last der Ausgaben zum Ankauf von Korn. In guten Erntejahren sammelt die bäuerliche Wirtschaft Kräfte an, erweitert ihren Konsum, verbessert ihre Wirtschaft und Hauswirtschaft, unter anderem auch in Folge größerer Arbeitsverdienste bei den Gutsbesitzern. In Jahren mit reichem Ernteertrage beleben sich sowohl die Fabrikbetriebe und Gewerke, die auf einen ausgedehnten Absatz ihrer Produkte rechnen müssen, wie auch die hausindustriellen Gewerbe; der Handelsverkehr vergrößert sich, der Gewinn der Transportunternehmungen steigt, die Staatseinnahmen wachsen. Für Rußland, bei der allgemeinen Interessengemeinschaft seines Ackerbaues und der gesamten Volkswirtschaft, erscheint eine hohe Ernte als ein Segen, selbst wenn sie ein gewisses Sinken der Getreidepreise hervorruft, und umgekehrt in Wäldern erleidet unsere Volkswirtschaft die schwersten Erschütterungen.“ Wir geben zu, daß in Ackerbauländern die Verhältnisse anders als in Industriegebieten liegen; aber sollten die Vorteile eines billigen Getreideankaufs vom Auslande nicht auch für Deutschland schwer ins Gewicht fallen? Sollten sich nicht alle Vorteile einer guten Ernte, die Herr Witte hervorhebt, in noch höherem Grade auch für Deutschland geltend machen? (Voss. Ztg.)

Serbien.

Belgrad, 15. Januar. Von kompetenter Seite wird berichtet, daß die Blättermeldung von einer neuerlich entdeckten Verschwörung gegen den König und von neuerlichen Verhandlungen völlig unbegründet ist.

Älien.

Der als Nachfolger Yamagata's bekannt gewordene japanische General Nogi ist zum Marschall ernannt worden. Zu seinem Nachfolger im Kommando der fünften Division von Hiroshima, deren Führer er bislang gewesen, hat der Kaiser eine den deutschen und besonders den Berliner Offizieren nahe getretene Persönlichkeit designirt. Es ist dies der General Nogi. An der Spitze unserer Heeresverhältnisse im vergangenen Jahre entsandt hatte, weilte Nogi gerade zu der Zeit in Deutschland, als der Krieg in seinem ersten Stadium sich befand. Nogi ist aber erst im November in seiner Heimath wieder angelangt, da er den Rückweg über Rußland genommen hatte.

Zum Kommandeur der in Hiroshima in Bildung begriffenen dritten Armee ist General Kiyomasa Kuroda berufen worden. Der genannte Offizier hat bis jetzt den Posten des Ministers für Post- und Telegraphenwesen inne gehabt, welcher Stellung er, der aus dem Ingenieurkorps hervorgegangen war, sich durchaus gewachsen gezeigt hatte. Zum Nachfolger Kuroda's hat der Kaiser einen anderen General aus dem Ingenieurkorps, Kobata Torio, bestimmt. Torio ist ein Freund Yamagata's, mit dem er auch aus derselben Provinz Hagi Tscho-schin stammt. Das Abanement des Generals Osima, der sich auf dem Kriegsschauplatz in Korea vielfach ausgezeichnet hat, zum Marschall, wurde bei Abgang der letzten Post erwartet.

Amerika.

Washington, 15. Januar. Im Senate brachte Sherman eine Vorlage ein, nach welcher der Präsident in Gemäßheit der Resolution des Kongresses vom 3. April 1890 ermächtigt werden soll, durch die diplomatischen Agenten der Vereinigten Staaten Verhandlungen zu führen oder eine Kommission zu ernennen, welche an die fremden Regierungen entsandt werden soll, um Maßnahmen einzuleiten zur Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes oder zur Erregung anderer Maßnahmen, durch welche Streitigkeiten zwischen den Völkern glänzend beigelegt und Krieg abgewendet werden soll.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Januar. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich heute die Frau des Fabrikbesizers Karl W. anklagt, Caroline, geb. Breitenfeld, aus Pödenitz wegen Meineids zu verurtheilen. Am 30. Oktober 1893 war die Angeklagte vor dem Schöffengericht hier selbst in der Strafsache wider den Maurergesellen Hermann W. aus Pödenitz als Zeugin vernommen worden. W. dem damals eine Wirthshausbesitzerin, und deren Kinder zur Last gelegt wurde, machte geltend, daß Letztere ihn mit einem Stiel Steinbohle geworfen habe, als er nach dem in Frage kommenden Vorfall unter ihrem Kammermeister vorüberging. Dies bestritt die Frau W. und dadurch soll sie eben den vor ihrer Vernehmung geleiteten Eid wissentlich verletzt haben. Im heutigen Termine hielt die Angeklagte ihre vor dem Schöffengericht gemachten Angaben anrecht und behauptete, das Rosenfeld sei von einer kleinen Wichte, die mit den W. ihren Kindern in der Kammer gespielt habe, aus dem Fenster geworfen worden.

In einer sozialdemokratischen, von etwa dreitausend Personen besuchten Versammlung sprach gestern Abend Herr Reichstagsabgeordneter Schumacher-Söllingen über die „Umstürzvorlage“. Auf seine Ausführungen hier näher einzugehen, liegt keine Veranlassung vor, da die von den Gegnern des Gesetzesentwurfs vorgebrachten Abweichungsgründe hinlänglich bekannt sind. In der Diskussion, welche sich zwischen recht erregt gestellte, nahmen außer den Führern der hiesigen Sozialdemokraten, den Herren Fritz Gerbert, Storch und Raeming, auch Herr Wilhelm Will als Gegner und Herr Privatlehrer Wille (Antisemit) als Freund der Vorlage das Wort. Schließlich gelangte die übliche Resolution zur Annahme, welche die Vorlage mißbilligt und die Erwartung ausdrückt, der Reichstag werde dieselbe ablehnen.

Der gegen den früheren Postgehilfen August Eltmann von hier im Dezember erlassene Steckbrief ist seitens der künftigen Staatsanwaltschaft zurückgenommen worden.

Vom Neubau König-Albertstraße 37 wurden kürzlich mehrere Meter Zinkblech gestohlen.

Gestern Abend gegen 9 1/2 Uhr rückte die Feuerwehre nach dem Hause Bollwerk 6 aus, wo bei einer Wohnung des Hintergebäudes ein Korb mit Kleiderstücken brannte. Das Feuer wurde in kurzer Zeit gelöscht.

Im Hause Pödenitzstraße 9 wurden in einer der letzten Nächte die Vorhängeschlösser verschiedener Wirthschaftslokale erbrochen, doch scheinen die Einbrecher bei der Arbeit gestört worden zu sein, denn sie haben nichts mitgenommen.

An der Gräben-Schänke wurde gestern von einem Kaskadanten ein Gastandeleiter umgefallen und zertrümmert.

Von befehliger Seite wird uns mitgeteilt, daß der am 13. d. M. verlorbene Agent Kob. W. nicht in Folge von Trunkenheit auf der Straße liegen geblieben ist, sondern daß er einen Anfall von epileptischen Krämpfen hatte. Der Tod soll in Folge von Erschöpfung eingetreten sein.

Der hiesige Katharinen-Verband, welcher sich besonders die Unterstützung armer Nähtinnen zur Aufgabe macht, hatte am 1. Oktober v. J. bereits 2673,65 Mark für diesen Zweck verausgabt. Dem Bericht über das letzte Vereinsjahr entnehmen wir, daß die Einnahmen 750,08 Mark betragen, die Ausgaben 752,85 Mark, unter letzteren befinden sich 563,35 Mark Unterstüßungen und 50 Mark Beitrag zum Bauverein des Vereinshauses. — Zum Westen der Vereinskasse findet am 24. d. Mts. im großen Saale des Konzerthauses ein Konzert statt, auf welches wir schon heute hinweisen. Bei demselben wirkt Frä. Raumb-Schneider mit zwei ihrer Schülerinnen und der Pianist Herr Berthold Knisch mit.

Die Boose zur zweiten Klasse der künftigen preuss. Klassen-Lotterie können vom 14. Januar bis zum 7. Februar, Abends 6 Uhr, eingelöst werden. Vom 21. Januar ab werden die Gewinne aus der ersten Klasse ausbezahlt und die Treilose zur zweiten Klasse ausbezahlt werden. Die nächste Ziehung wird am 11., 12. und 13. Februar stattfinden.

Am Sonntag, den 6. Januar, feierte der evangelische Jünglingsverein zum guten Hirten in der Peter-Pauls-Kirche sein 6. Jahresfest. Die Predigt hielt Herr Pastor Müller von St. Gertrud, worin derselbe in tiefgründiger Durchführung die Eucharistieeinsetzung, „mache dich auf und werbe dich“ auslegte. Daran schloß sich am vorigen Sonntag am Westendsee die gesellige Nachfeier in der Form eines der populären und beliebten Familien-Abende. Der Schriftführer, Herr Witz, hielt, hob in bewegten Worten hervor, daß der Zweck der geselligen Feier die Pflege der Verbindung mit der christlichen Familie und die Förderung der inneren Einigkeit mit den anderen Jünglingsvereinen sei. Derselbe schloß ab hierauf in freier Rede einen interessanten kurzen Jahresbericht ab. Herr Vizepräsident, Herr Witz, zeichnete in überzeugender Weise die thätigen Mängel und die vordringenden Ziele des Vereins, gab Anregung zu neuen Impulsen in Rücksicht auf die moribunde Eucharistiebewegung Amerikas und entwarf dann ein sehr humorvolles, zum Theil humoristisch gehaltenes

